Satzung des Unstrut-Hainich-Kreises zur Erhebung von Verwaltungsgebühren und Auslagen in Anwendung des Thüringer Verwaltungskostengesetzes und der Thüringer Allgemeinen Verwaltungskostenordnung

Auf der Grundlage der §§ 98, und 100 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thür. Kommunalordnung - ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. 87), der §§ 1, 2, 10 und 11 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. September 2000 zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 396) sowie des Thüringer Verwaltungskostengesetzes (ThürVwKostG) in der Fassung vom 23. September 2005 (GVBl. S. 325), zuletzt geändert durch Artikel 56 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 769) hat der Kreistag des Unstrut-Hainich-Kreises in seiner Sitzung am 11. Juli 2022 folgende Verwaltungskostensatzung des Unstrut-Hainich-Kreises beschlossen.

Verwaltungskostensatzung des Unstrut-Hainich-Kreises

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Für einzelne Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten im eigenen Wirkungskreis, die auf Veranlassung oder überwiegend im Interesse Einzelner vorgenommen worden sind, werden Verwaltungsgebühren und Auslagen erhoben. Bei der Festsetzung dieser Verwaltungsgebühren und Auslagen finden die Regelungen des Thüringer Verwaltungskostengesetzes (ThürVwKostG) und der Thüringer Allgemeinen Verwaltungskostenordnung (ThürAllgVwKostO) in der jeweils gültigen Fassung Anwendung.
- (2) Gebühren, die aufgrund von Gesetzen und anderer - auch kreislicher - Rechtsvorschriften erhoben werden, bleiben von dieser Satzung unberührt.
- (3) Für Amtshandlungen im übertragenen Wirkungskreis gelten unmittelbar die Vorschriften des Thüringer Verwaltungskostengesetzes (ThürVwKostG) und der Thüringer Allgemeinen Verwaltungskostenordnung (ThürAllgVwKostO).
- (4) Auf Verwaltungsverfahren, die vor Inkrafttreten dieser Satzung begonnen wurden, aber im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung noch nicht abgeschlossen sind, sind die Bestimmungen dieser Satzung anzuwenden.

§ 2 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Die Verwaltungskostensatzung des Unstrut-Hainich-Kreises tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt des Unstrut-Hainich-Kreises in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verwaltungskostensatzung des Unstrut-Hainich-Kreises vom 01.07.2002, geändert durch die 1. Änderungssatzung der Verwaltungskostensatzung des Unstrut-Hainich-Kreises vom 14.10.2004 außer Kraft.

Mühlhausen, den

Siegel

Harald Zanker
Landrat